



Wetzlar, 19.11.2022

Resolution der Delegiertenversammlung des Hausärzteverbandes Hessen

Haus- und Facharztpraxen langfristig sichern!

Die Delegiertenversammlung des Hausärzteverbandes Hessen (HÄVH) fordert im Namen aller niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte ein Umdenken in der Gesundheitspolitik. Die bewährte zeitnahe und wohnortnahe ambulante ärztliche Versorgung durch Haus- und Fachärzte sowie die freie Arztwahl müssen gesichert werden. Anonyme Konzernmedizin lehnen wir ab.

Mit Besorgnis nehmen wir wahr, wie sich die medizinische Versorgung in Deutschland seit einigen Jahren immer mehr verschlechtert. Mit der Verabschiedung des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes steht nun die bewährte qualitativ hochwertige ambulante Versorgung der Patientinnen und Patienten auf dem Spiel.

Mit dem neuen Gesetz wurde ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das unter anderem die Streichung der Neupatientenregelung vorsieht. Die Folge werden längere Wartezeiten sowie Aufnahmestopps in den Praxen sein. Hinzu kommen die Sparpläne der Krankenkassen, die uns mit einer Honorarerhöhung von zwei Prozent abspeisen und in den beiden kommenden Jahren Nullrunden ansetzen wollen. Die Honorarentwicklung deckt die steigenden Lohn-, Hygiene- und Energiekosten nicht annähernd ab. Ganz zu schweigen von der Inflationsrate. Wenn die Kosten weiter steigen, werden viele Praxen ihr Angebot reduzieren müssen.

Die geplanten „Gesundheitskioske“, in denen durch nichtärztliches Personal der Zugang in die ärztliche Versorgung gesteuert werden soll, sind ein Affront gegen die ambulante Medizin. Diese Sparmaßnahmen bedeuten massive Einbußen an Qualität und gefährden die Gesundheit unserer Patientinnen und Patienten. Ein skandinavisches System ist auf ein Land wie Deutschland nicht übertragbar.

Wir fordern daher Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach auf, sein Qualitätsversprechen zu halten und dafür zu sorgen, dass die Arbeit in einer Arztpraxis wieder attraktiv wird – für jüngere Ärzte, die sich niederlassen möchten, ebenso wie für medizinische Fachangestellte. Wir wollen, dass die freie Arztwahl erhalten bleibt und dass Haus- und Facharztpraxen in Deutschland eine Zukunft haben.

Anfang November hat die Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen, Krankenhäusern angesichts der hohen Inflation und der stark gestiegenen Energiekosten bis zu acht Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Die Verantwortlichen in Berlin haben damit einmal mehr die komplette Missachtung der ambulanten Versorgung manifestiert. Dabei haben wir Niedergelassenen während der Pandemie die Krankenhäuser vor Überlastung geschützt und 90 Prozent der Corona-Patientinnen und -Patienten versorgt.

Fest steht: Genau wie wir haben die Kolleginnen und Kollegen und das Pflegepersonal in den Krankenhäusern in den vergangenen Jahren sehr hart gearbeitet und Unverzichtbares geleistet. Es ist absolut richtig, dass sie Unterstützung erhalten. Das muss aber auch für uns gelten.

Um für unsere Patientinnen und Patienten langfristig eine flächendeckende ambulante ärztliche Versorgung zu sichern, fordern wir:

- weg mit den Gesundheitskiosken! Qualifizierte ärztliche Versorgung darf nicht durch Laienspieler substituiert werden;
- ein strukturiertes Vorgehen gegen den Versorgungsmangel durch Anhebung der Zahl der Medizinstudienplätze,
- eine Digitalisierung, die Praxen ebenso wie Patienten nutzt und die sinnerfüllt und nachhaltig für die Anwender ist;
- zurück zu den Wurzeln! Wir wollen endlich wieder für unsere Patienten da sein und nicht als bürokratische Erfüllungsgehilfen der Krankenkassen missbraucht werden, deshalb Entbürokratisierung jetzt;
- die Einführung der neuen ärztlichen Gebührenordnung (GOÄ), die seit 1996 nicht verändert wurde;
- eine aktualisierte Anhebung des orientierten Punktwertes (OPW) unter Berücksichtigung der Betriebskosten und des Inflationsausgleichs und damit eine finanzielle Kompensation der gestiegenen Kosten analog zu den Krankenhäusern.